

## **Beschlußempfehlung und Bericht**

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksachen 10/450, 10/500, 10/650 und 10/761  
- 2. Lesung -

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes  
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1986  
(Haushaltsgesetz 1986)

hier: Einzelplan 05 - Kultusminister

### Berichterstatter

Abgeordneter Trinius SPD

### Beschlußempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 05 wird mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen angenommen.

Anlage

Datum des Originals: 28.02.1986 / Ausgegeben: 03.03.1986



BerichtA Beratungsergebnisse der Fachausschüsse

Der Entwurf des Einzelplans 05 wurde vom Ausschuß für Schule und Weiterbildung, vom Kulturausschuß und vom Sportausschuß beraten. Die Ergebnisse sind in den beigehefteten Berichten - Vorlagen 10/308, 10/309 und 10/310 - dargestellt.

B Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuß

Zum Beratungsverfahren bezüglich des Personalhaushalts wird auf den Bericht zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 1986 - Drucksache 10/735 - verwiesen.

Der Haushalts- und Finanzausschuß hat sich am 27. Februar 1986 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 05 befaßt. Er folgte den Änderungsempfehlungen der Fachausschüsse. Darüber hinaus beschloß der Ausschuß zwei weitere Änderungen, über die nachfolgend berichtet wird.

Die Fraktion der SPD stellte folgende Anträge.

1. Kapitel 05 380 - Öffentliche Gesamtschulen  
Titel 422 10 - Bezüge der Beamten  
Ansatzserhöhung von 249 000 000 DM  
um 2 200 000 DM  
auf 251 200 000 DM.

Begründung:

Ausweis zusätzlicher Besoldungsmittel als Folge des Beschlusses des Ausschusses für Schule und Weiterbildung zur Stellenbewirtschaftung (Seite 10 der Vorlage 10/309), daß von den freien Stellen dieses Kapitels 110 Stellen durch Neueinstellungen besetzt werden sollen.

2. Kapitel 05 390 - Öffentliche Sonderschulen  
Titel 422 10 - Bezüge der Beamten  
Ansatzserhöhung von 580 000 000 DM  
um 800 000 DM  
auf 580 800 000 DM.

Begründung:

Ausweis zusätzlicher Besoldungsmittel als Folge des Beschlusses des Ausschusses für Schule und Weiterbildung zur Stellenbewirtschaftung (Seite 10/11 der Vorlage 10/309), daß von den freien Stellen des Kapitels 40 Stellen durch Neueinstellungen besetzt werden sollen.

Beide Anträge wurden mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. angenommen.

Die Fraktion der CDU wiederholte bereits in den Fachausschüssen gestellte und dort abgelehnte Anträge. Es handelt sich um insgesamt 12 Anträge, die im Anhang 1 zu diesem Bericht unter Darlegung der Beratungsergebnisse im einzelnen aufgeführt sind.

Die Fraktion der F.D.P. wiederholte ebenfalls bereits in den Fachausschüssen gestellte und dort abgelehnte Anträge. Hier handelt es sich um sieben Anträge, die im Anhang 2 zu diesem Bericht unter Darlegung der Beratungsergebnisse im einzelnen aufgeführt sind.

Bei der Antragstellung bezogen sich beide Fraktionen auf ihre in den Fachausschüssen vorgetragenen Begründungen. Sämtliche Anträge wurden mit der Stimmenmehrheit der Fraktion der SPD abgelehnt, die sich dabei ebenfalls im wesentlich auf die in den Fachausschüssen vorgetragenen Argumente bezog.

In der Schlußabstimmung nahm der Haushalts- und Finanzausschuß den Entwurf des Einzelplans 05 unter Einbeziehung der Änderungsempfehlungen der Fachausschüsse und der zuvor aufgeführten weiteren Änderungen mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. zur 2. Lesung an.

Weiss

Vorsitzender

Anderungsanträge

der Fraktion der CDU zum Einzelplan 05, die vom Haushalts- und Finanzausschuß in der Schlußberatung am 27. Februar 1986 abgelehnt wurden.

Antrag der Fraktion der CDU zum Haushaltsentwurf 1986 (Drucksache 10/450 in der Fassung der Ergänzungsvorlagen der Landesregierung Drucksachen 10/500 und 10/650)

Einzelplan 05		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
Nrpl. S.	Kapitel			
178	05 390	422	10	<p>Die Notwendigkeit der Senkung der Schüler-Lehrer-Relation an Sonderschulen für Lernbehinderte wurde im Landtag mehrfach betont zuletzt bei der Beratung des Antrages der CDU-Landtagsfraktion Drs. 9/3310. Die erforderlichen Stellen werden vorab aus den im Kapitel 05 300 veranschlagten zusätzlichen 1.500 Lehrerstellen genommen.</p> <p>Es ist vorgesehen, die Schüler-Lehrerrelationen der Schulen für Lernbehinderte jährlich um einen weiteren Punkt bis auf 1:8 zu senken.</p>
Beratungsergebnis im Haushalts- und Finanzausschuß		<p>In den Erläuterungen wird die Schüler-Lehrerrelation für die Schulen für Lernbehinderte Kl.1-10 mit 1:11 veranschlagt</p> <p>Haushalts- und Finanzausschuß</p> <p>Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.</p>		

Antrag der Fraktion der CDU zum Haushaltsentwurf 1986 (Drucksache 10/450 In der Fassung der Ergänzungsvorlagen der Landesregierung Drucksachen 10/500 und 10/650)

Einzelplan 05		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HHPl. S.	Kapitel			
114	05300	422	<p>Ansatz: 34,6 Mio Erhöhung um: 31,2 Mio neuer Ansatz: 65,8 Mio Erhöhung um 1500 Planstellen der Besoldungsgruppen A 12 und A 13</p> <p>Neuer Ansatz: Alle in diesem Kapitel ausgebrachten Planstellen: 2.075</p>	<p>Die Erläuterungen zu Titel 422 10 werden wie folgt abgeändert: Veranschlagt sind: 2.000 (500) Lehrstellen für Studienräte, Realschullehrer, Sonderschullehrer und Lehrer an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen-zur Senkung der Schüler-Lehrerrelation an den Sonderschulen für Lernbehinderte auf 1:11, zur Sicherung des fachspezifischen Unterrichtsbedarfs insbesondere an kleinen Schulen, zur Sicherung des Ganztagsbetriebs mit einem Stellenzuschlag bis zu 30 Prozent der Grundstellenzahl für Schüler im Ganztagsunterricht, für einzelne Schüler mit einem besonders hohen Anteil ausländischer Schüler für besondere pädagogische Maßnahmen sowie 75 Stellen für Schulpsychologen.</p>
		10		
Beratungsergebnis im Haushalts- und Finanzausschuß		<p>Mit den Stimmen der Fraktionender SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.</p>		

Antrag der Fraktion der CDU zum Haushaltsentwurf 1986 (Drucksache 10/450 in der Fassung der Ergänzungsvorlagen der Landesregierung Drucksachen 10/500 und 10/650)

Einzelplan		05		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HhPl. S.	Kapitel	Titel				
	↓	422	10	Bezüge der Beamten	Alle Kw-Vermerke in den Schulformkapiteln werden gestrichen	Die Planstellen, die im jeweiligen Kapitel über die Schüler-Lehrerrelation hinaus ausgebracht sind, werden verwandt als Zuschlagsstellen zur Sicherung des Unterrichtsbedarfs insbesondere für kleine Schulen. Zur Verbesserung der pädagogischen Situation an den Schulen.
		alle Schulformkapitel		Beratungsergebnis im Haushalts- und Finanzausschuß	Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.	



Antrag der Fraktion der CDU zum Haushaltsentwurf 1986 (Drucksache 10/450 in der Fassung der Ergänzungsvorlagen der Landesregierung Drucksachen 10/500 und 10/650)

Einzelplan 05		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HUPl. S.	Kapitel Titel			
22	05 010 531 20	Öffentlichkeitsarbeit des Kultusministeriums	Ansatz: 640.000 DM Kürzung um 200.000 DM neuer Ansatz: 440.000 DM	Die Ist-Zahl von 1984 beträgt 432.000 DM. Diese Summe muß auch in 1986 ausreichen.
Beratungsergebnis im		Haushalts- und Finanzausschuß		
Mit den Stimmen der Fraktion der CDU der F.D.P. abgelehnt		Fraktion der SPD gegen die Stimmen bei Stimmenthaltung der Fraktion		

Antrag der Fraktion der CDU zum Haushaltsentwurf 1986 (Drucksache 10/450 in der Fassung der Ergänzungsvorlagen der Landesregierung Drucksachen 10/500 und 10/650)

Einzelplan 05		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HPL. S.	Kapitel Titel			
160	05 300 5320	Förderung der überörtlichen Arbeit der Schüler und Elternvertretungen	<p>Ansatz: 270.000 DM</p> <p>In den Erläuterungen werden die im Ansatz ausgebrachten Mittel wie folgt veranschlagt:</p> <p>Bezirk sschülervertretungen 100.000 DM</p> <p>Landesschülervertretung 35.000 DM</p> <p>Elternvertretungen 135.000 DM</p>	<p>Die institutionalisierten Elternvertretungen sowie die Bezirksschülervertretungen brauchen dringend für die Wahrnehmung ihrer Mitwirkungsrechte Mittel die, wie das die Überprüfung der vergangenen Jahre ergeben haben von der Landesschülervertretung nicht korrekt ausgegeben werden.</p>
Beratungsergebnis im Finanzausschuß				
Mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.				

Antrag der Fraktion der CDU zum Haushaltsentwurf 1986 (Drucksache 10/450 in der Fassung der Ergänzungsvorlagen der Landesregierung Drucksachen 10/500 und 10/650)

Einzelplan 05		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HHPl. S.	Kapitel Titel			
236	05 710 653 20	Zuweisungen für Einrichtungen der Weiterbildung in der Trägerschaft der Gemeinden	Ansatz: 78,7 Mio Erhöhung um: 2,25 Mio neuer Ansatz: 80,95 Mio	In den Erläuterungen zu Titel 653 20 werden zusätzlich 150 Mitarbeiter des lehrenden Personals mit halber Stelle zu je 15.000 DM veranschlagt (arbeitslose Akademiker!).
Beratungsergebnis im		Haushalts- und Finanzausschuß		
Mit den Stimmen der		Fraktion der SPD		
gegen die Stimmen der		Fraktion der CDU		
abgelehnt.				

Antrag der Fraktion der CDU zum Haushaltsentwurf 1986 (Drucksache 10/450 in der Fassung der Ergänzungsvorlägen der Landesregierung Drucksachen 10/500 und 10/650)

Einzelplan 05		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HHP. S.	Kapitel			
236	05 710	684 10	<p>Ansatz: 56,105 Mio Erhöhung um: 2,25 Mio neuer Ansatz: 58.355 Mio</p>	<p>In den Erläuterungen zu Titel 684 10 werden zusätzlich 150 Mitarbeiter des lehrenden Personals mit halber Stelle zu je 15.000 DM veranschlagt (Einsatz arbeitsloser Lehrer)</p>
Beratungsergebnis in		Finanzausschuß		
Mit den Stimmen der		Fraktionen der SPD und F.D.P.		
gegen die Stimmen der		Fraktion der CDU abgelehnt.		

Antrag der Fraktion der CDU zum Haushaltsentwurf 1986 (Drucksache 10/450 in der Fassung der Ergänzungsvorlagen der Landesregierung Drucksachen 10/500 und 10/650)

Einzelplan 05		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HHPl. S.	Kapitel Titel			
264	05 760 685 60	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	Ansatz: 674.000 DM Erhöhung um: 145.000 DM neuer Ansatz: 819.000 DM	Erläuterung zum Titel 585 60 wird wie folgt abgeändert: Zuweisungen und Zuschüsse für wissenschaftliche und öffentliche Bibliotheken in nicht kommunaler Trägerschaft (29x5000 DM).
Beratungsergebnis im Haushalts- und Finanzausschuß				
Zusätzliche Begründung durch die CDU: Es geht darum, die kleinsten Büchereien mit einer kleinen Grundausrüstung zu versehen. Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen CDU und F.D.P. abgelehnt.				

Antrag der Fraktion der CDU zum Haushaltsentwurf 1986 (Drucksache 10/450 in der Fassung der Ergänzungsvorlagen der Landesregierung Drucksachen 10/500 und 10/650)

Einzelplan 05			Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HHP1. S.	Kapitel	Titel			
276	05 810	684 60	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	Ansatz Kürzung um Erhöhung um neuer Ansatz	Die Zuschüsse zur Förderung der <u>Übungsarbeit in Sportvereinen</u> (Erläuterung 5 zu Titel 684 60) sind zu erhöhen, da die gestiegene Zahl der Mitglieder in den Sportvereinen dies erfordert.
Beratungsergebnis im Haushalts- und Finanzausschuß Mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.					

Antrag der Fraktion der CDU zum Haushaltsentwurf 1986 (Drucksache 10/450 in der Fassung der Ergänzungsvorlagen der Landesregierung Drucksachen 10/500 und 10/650)

Einzelplan 05		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HHP1. S.	Kapitel Titel			
	05 810	883 60	Ansatz Kürzung um Erhöhung um neuer Ansatz	Viele Anträge aus dem gesamten Landesgebiet liegen vor. Ins- besondere ist die Erhöhung wichtig im Hinblick auf die Konjunkturlage der Bauwirtschaft
Beratungsergebnis im Haushalts- und Finanzaus- schuß		Zuweisungen an Ge- meinden für den Bau, Modernisierung und Er- weiterung von Sport- stätten		
1. Modifizierung des Antrages				
Ansatz nach Fachausschußbeschuß		19 Mio. DM		
Erhöhung um weitere neuer Ansatz		1 Mio. DM — 20 Mio. DM		
2. Abstimmung				
Mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimm- enthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.				

Antrag der Fraktion der CDU zum Haushaltsentwurf 1986 (Drucksache 10/450 in der Fassung der Ergänzungsvorlagen der Landesregierung Drucksachen 10/500 und 10/650)

Einzelplan 05		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HPl. S.	Kapitel Titel			
294	05 820 neu	Zuweisung an Gemeinden zur Förderung der Laienkultur	neuer Ansatz: 1,7 Mio	Erläuterungen zu dem neuen Titel: Pro Einwohner erhalten die Gemeinden 0,10 DM zur freien Verfügung zur Unterstützung der Laienkultur
Beratungsergebnis im Haushalts- und Finanzausschuß				
Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.				



Antrag der Fraktion der CDU zum Haushaltsentwurf 1986 (Drucksache 10/450 in der Fassung der Ergänzungsvorlagen der Landesregierung Drucksachen 10/500 und 10/650)

Einzelplan 05		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HHPl. S.	Kapitel Titel			
236	05 710 685 20	Zuschüsse an Landesorganisationen der Weiterbildung	<p>Ansatz: 370.000 DM</p> <p>Erhöhung um: 100.000 DM</p> <p>neuer Ansatz: 470.000 DM</p>	In den Erläuterungen zu Titel 685 20 wird je Landesorganisation eine Erhöhung von 25.000 DM ausgebracht.
<p>Beratungsergebnis im Haushalts- und Finanzausschuß</p> <p>Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.</p>				

Die Ablehnung der SPD-Fraktion zu den Anträgen 14 und 15 erfolgte aus finanzpolitischen Gründen.

16. Kapitel 05 710 - Weiterbildung

Titel 685 50 - Förderung der Arbeitnehmerweiterbildung  
Wird neu eingerichtet

Es sind Mittel in Höhe von 900 000 DM zu veranschlagen.

Als Erläuterung wird aufgenommen:

Die Mittel sind für Zuschüsse für Veranstaltungen der Arbeitnehmerweiterbildung bestimmt, die von anerkannten Einrichtungen der Weiterbildung im Rahmen des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes durchgeführt werden.

Der Antrag wurde gegen die Stimme der F.D.P.-Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und SPD angenommen.

Die SPD-Fraktion will mit der Einrichtung dieses Titels die Bedeutung der Arbeitnehmerweiterbildung hervorheben. Es soll deutlich werden, daß das Land über die im Rahmen der allgemeinen Weiterbildungsfinanzierung hinausgehende finanzielle Beteiligung einen besonderen Beitrag für die Arbeitnehmerweiterbildung leistet. Mit dem vorgesehen pauschalieren Zuweisungsverfahren sollen Erfahrungen über den Umfang der Arbeitnehmerweiterbildung gesammelt werden, um evtl. ein zukünftiges Finanzierungsverfahren im Rahmen des Ersten Weiterbildungsgesetzes zu ermöglichen. Die CDU-Fraktion setzte bei ihrer Zustimmung voraus, daß dem Ausschuß die Grundsätze der Mittelvergabe vor deren Inkrafttreten erläutert werden.

Änderungsanträge

der Fraktion der F.D.P. zum Einzelplan 05, die vom Haushalts- und Finanzausschuß in der Schlußberatung am 27. Februar 1986 abgelehnt wurden.

Antrag der Fraktion der F.D.P. zum Haushaltsentwurf 1986  
(Drucksachen 10/450, 10/500)

<p>Einzelplan 05</p>	<p>Zweckbestimmung</p>	<p>Antrag</p>	<p>Begründung</p>
<p>Kapitel 05 110</p>	<p>Prüfungsvergütungen</p>	<p>Der Ansatz wird um DM 700.000,-- gekürzt.</p>	<p>Bei der sinkenden Zahl von Studenten für ein Lehramt an den Schulen NRW's wird eine Erhöhung des Ansatzes für überflüssig gehalten. Außerdem sollte ein strenger Maßstab an die Beurteilung der Frage angelegt werden, ob diese Prüfungstätigkeiten Bestandteil hauptamtlicher Tätigkeit sind.</p>
<p>Titelgr.</p>			
<p>Titel 427 30</p>			
<p>Haushaltsentw. 86</p>			
<p>Seite 64</p>	<p>Beratungsergebnis im Haushalts- und Finanzausschuß</p> <p>Mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.</p>		

Antrag der Fraktion der F.D.P. zum Haushaltsentwurf 1986

(Drucksachern 10/450, 10/500)

Einzelplan 05	Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
05300 bis Kapitel 054450	Unterrichtssicherungsprogramm	Für die Kapitel 05 300 05 310 05 320 05 330 05 340 05 360 05 380 05 390 05 410 05 440 05 450	Trotz hoher Lehrerarbeitslosigkeit und sinkenden Schülerzahlen ist immer noch teilweise erheblicher Unterrichtsausfall an den Schulen NRW's festzustellen.
Titelgr.			
Titel neu			
Haushaltsentw. 86			
Seite 112-223			
Beratungsergebnis im Haushalts- und Finanzausschuß	Mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der F. D. P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.	wird ein neuer Titel mit der Zweckbestimmung "Unterrichtssicherungsprogramm" (Gesamthöhe DM 30 Mio., im Einzelnen abhängig vom Unterrichtsausfall an der jeweiligen Schulform)	

D.P.

Antrag der Fraktion der F.D.P. zum Haushaltsentwurf 1986

(Drucksachern 10/450, 10/500)

	Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
Einzelplan 05			
Kapitel 05 820	Zuweisungen an die Gemeinden für Orchester, Musikschulen, Musikfeste	Der Ansatz wird um DM 500.000,- erhöht.	Auch aus strukturpolitischen Gründen ist die Existenz der regionalen Orchester zu sichern. Das kulturelle Angebot besonders in den Randgebieten NRW's darf nicht ver-
Titelgr. 60			armen.
Titel 653 60			
Haushaltstw. 86			
Seite 290		Beratungsergebnis im Haushalts- und Finanzausschuß	
	Mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.		

Antrag der Fraktion der F.D.P. zum Haushaltsentwurf 1986 (Drucksachen 10/450, 10/500)

Einzelplan 05.	Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
Kapitel 05820	Förderung freier Kulturarbeit	Ein neuer Titel mit der Zweckzuweisung -Förderung freier Kulturarbeit- ist mit DM 1,5 Mio einzusetzen	<u>Begründung:</u> Dies soll ein neuer Ansatz für die Förderung junger Künstler sein (Nachwuchsförderungen, Erstaussstellungen, Ateliers, Werkstätten, für Lesungen generell: Materialbeschaffung, Kreditvergabe, Existenzgründungszuschüsse für junge Filmer, Bildende Künstler, Musiker etc.!)
Titelgr. .... neu			
Titel .... neu.			
Haushaltsentw. 86			
Seite .....			
Beratungsergebnis im Haushalts- und Finanzausschuß			
Mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.			

Antrag der Fraktion der F.D.P. zum Haushaltsentwurf 1986  
(Drucksachen 10/450, 10/500)

Einzelplan 05	Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
Kapitel 05010	Öffentlichkeitsarbeit des Kultusministers	Der Ansatz wird um DM 264.000,- auf DM 400.000,- gekürzt.	Rückführung der überzogenen Selbstdarstellung der Landesregierung auf eine angemessene Höhe
Titelgr.			
Titel 531 20			
Haushaltsentw. 86			
Seite 22		Beratungsergebnis im Haushalts- und Finanzausschuß	Mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.



D.P.

Antrag der Fraktion der F.D.P. zum Haushaltsentwurf 1986  
(Drucksachern 10/450, 10/500)

Einzelplan 05	Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
Kapitel 05 020	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	Der Ansatz wird um DM 10.000 erhöht.	Verstärkte Förderung der Landesschüler- presse - Ausgleich für Kostensteigerungen (Ansatz seit 6 Jahren unverändert)
Titelgr. 60			
Titel 685 60			
Haushaltsentw. 86	Beratungsergebnis im Haushalts- und Finanzausschuß	Mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.	
Seite 30			

Antrag der Fraktion der F.D.P. zum Haushaltsentwurf 1986  
(Drucksachern 10/450, 10/500)

Einzeiplan 05	Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
Kapitel 05490	Zuschüsse für private Schulen	Der Grundbetrag der Kostenpauschale nach § 12 Ersatzschulfinanzgesetz wird auf DM 30.000,- angehoben.	Seit 1979 ist trotz steigender Aufwendungen der Pauschbetrag nach § 12 EFG gleichbleibend in Höhe von DM 27.630,- mit dem Landeshaushalt eingestellt worden. Die in einem Rhythmus von zwei Jahren vorgesehene Anpassung unterblieb. Nach nunmehr fast siebenjähriger Pause muß eine Anhebung des Grundbetrags erfolgen. Gesamtkosten ca. 1,2 Mio. DM.
Titelgr.			
Titel 68411-18			
Haushaltsentw. 86	Beratungsergebnis im Haushalts- und	Finanzausschuß	
Seite 226	Mit den Stimmen der Fraktion der SPD	gegen die	
	Stimmen der Fraktionen der CDU und	F.D.P. abgelehnt.	

B1

**LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN**

20.02.1986

10. Wahlperiode

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
10. WAHLPERIODE

**VORLAGE**  
**10/308**

**Vorlage**

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1986

hier: Einzelplan 05 - Kultusminister

- Drucksachen 10/450, 10/500 und 10/650 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des  
Kulturausschusses

Berichterstatter

Abgeordneter Böcker SPD

Beschlußempfehlung

Der im Einzelplan 05 enthaltene Kulturetat wird mit den im Bericht genannten Änderungen, im übrigen unverändert, angenommen.

BerichtAllgemeines

Der Kulturausschuß hat die nachstehenden Haushaltspositionen, die den Kulturhaushalt im engeren Sinne bilden, in seinen Sitzungen am 15. Januar, 22. Januar und 19. Februar 1986 beraten.

Kapitel 05 010 - Titel 526 00  
Titel 531 20  
Titel 531 30  
Kapitel 05 020 - Titel 541 00  
Kapitel 05 030 - Titel 121 00  
Titel 685 30  
Titel 685 40  
Titel 685 50  
  
Kapitel 05 610  
Kapitel 05 710 - Titel 685 40  
Kapitel 05 750  
Kapitel 05 760  
Kapitel 05 770  
Kapitel 05 820  
Kapitel 05 830

Dem so umrissenen Kulturetat im Entwurf des Einzelplans 05 stimmte der Kulturausschuß mit nachstehend aufgeführten Änderungen, im übrigen unverändert, bei wenigen Gegenstimmen und einer Enthaltung zu.

Beratungen im einzelnen

Sach- und Investitionsausgaben

Kapitel 05 610 - Kirchen, Religionsgemeinschaften und  
Weltanschauungsvereinigungen

Titel 786 00 - Instandsetzung des Westwerkes des Domes  
zu Minden - 3. Teilbetrag -  
(Seite 234)

Der Ansatz bleibt unverändert.

Auf Antrag der SPD-Fraktion entschloß sich der Ausschuß ein-  
stimmig zu folgender Erklärung:

"Die Rechtsverpflichtung des Landes für seine landes-  
eigenen Denkmalbauten ist unbestritten; die Finanzaus-  
stattung für die einzelnen Maßnahmen erfolgt entsprechend  
dem Baufortschritt."

Damit soll auch deutlich werden, daß es nicht nur um die  
Restaurierung des Westwerkes sondern auch um die des Domes  
in seiner Gesamtheit geht.

Kapitel 05 750 - Staatliche Archive, Archivwesen

Titel 685 10 - Zuschüsse an Archive, die nicht von Gebiets-  
körperschaften getragen werden  
(Seite 260)

Der Ansatz wird um 10 000 DM auf 148 000 DM erhöht.

Die Ansatzerhöhung ist zur Unterstützung der langjährigen, herausragenden, öffentlich zugänglichen Arbeiten der "Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde" in Köln vorgesehen.

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion bei Stimmenthaltung der F.D.P.-Fraktion angenommen.

Neu:

Titel 721 00 - Erweiterungsbau für das Nordrhein-Westfälische Staatsarchiv in Detmold  
- Vorarbeitskosten -  
(Seite 260)

Der neue Titel wird mit einem Ansatz von 80 000 DM ausgestattet.

Erläuterung: "Es handelt sich um Kosten der vorbereitenden Planung"

Nach dem Antrag der SPD-Fraktion ist die Erweiterung zur Deckung des Raumbedarfs dringend erforderlich. Das Grundstück sei bereits 1982 gekauft worden; das Raumprogramm liege seit 1980 vor.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Kapitel 05 760 - Bibliothekswesen

Titel 685 60 - Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland

Änderungen wurden nicht beschlossen.

Die CDU-Fraktion beantragte eine Ansatzerhöhung um 145 000 DM zugunsten der in nicht kommunaler Trägerschaft stehenden öffentlichen Bibliotheken (29 x 5 000 DM).

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD-Mehrheitsfraktion gegen die Stimmen der CDU- und der F.D.P.-Fraktion abgelehnt.

Kapitel 05 820 - Förderung der Museen, der Musik, der Bildenden Kunst und des Schrifttums  
Titel 653 10 - Zuweisungen an Gemeinden zur Förderung von Einrichtungen zur Organisation überörtlicher kultureller Zusammenarbeit (Seite 284)

Der Ansatz wird um 100 000 DM auf 2 475 000 DM erhöht.

Die Erhöhung wurde zum Abbau des Aufnahmestaus und wegen des Zugangs von zahlreichen Klein- und Mittelstädten, im übrigen wegen gestiegener Leistungen an die Mitgliedsstädte von der Fraktion der SPD beantragt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Titelgruppe 60 - Musikpflege und Musikerziehung  
Titel 653 60 - Zuweisungen an die Gemeinden (GV) für Orchester, Musikschulen und Musikfeste (Seite 290)

Änderungen wurden nicht beschlossen.

Die Fraktion der F.D.P. beantragte, den Ansatz um 500 000 DM zu erhöhen, da auch aus strukturpolitischen Gründen die

Existenz der regionalen Orchester zu sichern sei. Das kulturelle Angebot besonders in den Randgebieten Nordrhein-Westfalens dürfe nicht verarmen.

Der Antrag der F.D.P.-Fraktion wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei einer Enthaltung abgelehnt.

Titelgruppe 70 - Förderung von Zwecken der Bildenden Kunst  
Titel 523 70 - Zum Erwerb und Unterhaltung von Kunstwerken sowie zur Restaurierung bereits erworbener Kunstwerke  
(Seite 292)

Der Ansatz wird um 40 000 DM auf 200 000 DM erhöht.

In Nr. 1 der Erläuterungen wird der Betrag von 155 000 DM geändert auf 195 000 DM.

Die Ansatzerhöhung wurde von der SPD-Fraktion zur verstärkten individuellen Künstlerförderung beantragt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Titelgruppe 80 - Förderung literarischer Zwecke  
Titel 653 80 - Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)  
(Seite 294)

Der Ansatz wird um 20 000 DM auf 90 000 DM erhöht.



Die Erläuterung wird wie folgt geändert:

"1. Zuschuß zum "Westdeutschen Autorentreffen" .....	20 000 DM
2. Förderung literarischer Veröffentlichungen .....	<u>70 000 DM</u>
zusammen	90 000 DM"

Der Zuschuß an die Landeshauptstadt Düsseldorf ist nach dem Antrag der Fraktion der SPD zur Sicherung der bundesweiten und beispielhaften Veranstaltung "Westdeutsches Autorentreffen" notwendig.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion bei Stimmenthaltung der F.D.P.-Fraktion angenommen.

Titel 685 80 - Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland  
(Seite 294)

Der Ansatz wird um 10 000 DM auf 430 000 DM erhöht. In Nr. 1. der Erläuterungen wird der Betrag von 30 000 DM in 40 000 DM geändert.

Nach dem Antrag der Fraktion der SPD ist die Ansatzserhöhung zur Sicherung insbesondere kleiner Verlage vorgesehen. Um eine literarische Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen aufrechtzuerhalten, sei es notwendig, die Druckkostenzuschüsse für junge Autoren zu erhöhen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag der Fraktion der CDU, in Kapitel 05 820 einen neuen Titel auf Seite 294 mit der Zweckbestimmung "Zuweisung an Gemeinden (GV) zur Förderung der Laienkultur" mit einem Ansatz von 1,7 Millionen DM einzurichten, wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Stimmenthaltung der F.D.P.-Fraktion abgelehnt. Nach dem Willen der CDU-Fraktion sollten aus diesem neuen Titel die Gemeinden pro Einwohner 0,10 DM zur freien Verfügung zur Unterstützung der Laienkultur erhalten.

Die Fraktion der F.D.P. stellte den Antrag, in Kapitel 05 820 eine neue Titelgruppe mit der Zweckbestimmung "Förderung freier Kulturarbeit" und einem Ansatz von 1,5 Mio DM einzurichten. Der neue Ansatz sollte nach den Vorstellungen der F.D.P.-Fraktion für die Förderung junger Künstler sein (Nachwuchsförderungen, Erstaussstellungen, Ateliers, Werkstätten, für Lesungen generell: Materialbeschaffung, Kreditvergabe, Existenzgründungszuschüsse für junge Filmer, Bildende Künstler, Musiker etc.).

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei einer Enthaltung abgelehnt.

Kapitel 05 830 - Förderung von Theater, Film und Bild  
Titel 883 00 - Zuweisungen an Gemeinden für die Ausstattung  
von Filmwerkstätten  
(Seite 302)

Die Zweckbestimmung wird wie folgt erweitert:  
"Zuweisungen an Gemeinden für die Ausstattung von Filmwerkstätten und zur Anschaffung der technischen Erstaussstattung von Filmspielstellen"

Der Ansatz wird um 50 000 DM auf 100 000 DM erhöht.

Mit dieser Maßnahme soll eine Starthilfe für den Aufbau bzw. für den Erhalt einer Kinostruktur gegeben werden. Die Erhöhung des Ansatzes dient der Anpassung an gestiegenen Bedarf.

Der von der SPD-Fraktion gestellte Antrag wurde einstimmig angenommen.

Dr. Beckel  
Vorsitzender



CA

## Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
10. WAHLPERIODE

**VORLAGE**  
**10/309**

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1986  
hier: Einzelplan 05 - Kultusminister  
- Drucksachen 10/450, 10/500 und 10/650

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des  
Ausschusses für Schule und Weiterbildung

Berichterstatter      Abgeordneter Frey SPD

### Beschlußempfehlung

Der Entwurf des Haushaltsgesetzes 1986 und der Entwurf des Einzelplans 05 wird mit den aus dem Bericht ersichtlichen Änderungen angenommen.

## Bericht

### Allgemeines

Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung hat den Entwurf des Haushaltsgesetzes 1986 (Drucksache 10/450), § 19 des Entwurfs des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1986 (Drucksache 10/452) - Zuweisungen zu Schulbaumaßnahmen - und die in seinem Zuständigkeitsbereich liegenden Etatansätze des Entwurfs des Einzelplans 05 (mit Ausnahme des Kapitels 05 810 - Förderung des Sports - und der Kapitel über die allgemeine Kulturförderung) in seinen Sitzungen am 15. Januar, 22. Januar und 19. Februar 1986 beraten.

Zur Erläuterung der Etatansätze dienten die vom Kultusminister den Ausschußmitgliedern zur Verfügung gestellten Vorlagen 10/181, 10/196, 10/209 und 10/264. Auf Wunsch des Ausschusses haben der Innenminister mit Vorlage 10/269 zum Schulbauprogramm 1986 und der Finanzminister mit Vorlage 10/278 zur Stellenbewirtschaftung bei Beförderungstellen Stellung genommen. Die in der Sitzung am 15. Januar 1986 (Ausschußprotokoll 10/145) von den Ausschußmitgliedern gestellten Fragen wurden im Rahmen einer Tischvorlage in der Sitzung am 22. Januar 1986 (Ausschußprotokoll 10/159) beantwortet.

## Einzelberatungen

### I. Haushaltsgesetz

Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung empfiehlt mit Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P., der Haushalts- und Finanzausschuß möge folgende Fassung des § 7 a Abs. 3 Haushaltsgesetz 1986 beschließen:

"(3) Planstellen, die in den Stellenplänen des Landeshaushalts als künftig wegfallend bezeichnet sind, können mit Einwilligung des Finanzministers in Anspruch genommen werden zur Einstellung von Angestellten mit auf höchstens 5 Jahre befristeten Verträgen im Umfang der durch Bewilligung von Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung nach § 78 b des Landesbeamtengesetzes in der Fassung des Vierten Gesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften vom 18. Dezember 1984 (GV. NW. S. 800) freiwerdenden Stellen.

Darüber hinaus können Planstellen, die in den Stellenplänen des Landeshaushalts als künftig wegfallend bezeichnet sind, mit Einwilligung des Finanzministers im Umfang der durch Bewilligung von Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung nach § 78 b Landesbeamtengesetz frei werdenden Stellen in Anspruch genommen werden

- zur unbefristeten Einstellung dann, wenn nach Beendigung der Teilzeitbeschäftigung gemäß § 78 b des Landesbeamtengesetzes oder § 6 b des Landesrichtergesetzes entsprechende Planstellen oder Stellen zur Verfügung stehen,

- im Geschäftsbereich des Kultusministers bis zu 300 Planstellen zur unbefristeten Einstellung von Lehrern mit zwei Dritteln der Pflichtstundenzahl in den Fächern der allgemeinbildenden Schulen Biologie, Chemie, Hauswirtschaftswissenschaft, Informatik, Kunst, Latein, Mathematik, Musik, Physik, Sozialwissenschaften, Technik sowie in den Fachrichtungen der berufsbildenden Schule und der Kollegschule Biotechnik (Körperpflege), Fahrzeugtechnik, Gestaltungstechnik, Holztechnik, Lebensmitteltechnologie, Rechtswissenschaften, Spezielle Wirtschaftslehren, Textil- und Bekleidungstechnik, Versorgungstechnik und Zahntechnik. Der Kultusminister setzt die für die Einstellungen maßgeblichen Fächerkombinationen fest, die mindestens eines der aufgeführten Fächer oder eine der Fachrichtungen enthalten müssen.

§ 47 Abs. 2 der Landeshaushaltsordnung findet in diesen Fällen keine Anwendung."

Die SPD-Fraktion will mit diesem Antrag sicherstellen, daß zur Abdeckung eines unabweisbaren fächerspezifischen Bedarfs 300 Planstellen von den auf der Grundlage von § 78 b LBG (Teilzeitbeschäftigung) freigesetzten Stellenanteilen für Neueinstellungen zur Verfügung stehen. Die auf Dauer neu einzustellenden Lehrer sollen zunächst nur zwei Drittel der Pflichtstundenzahl unterrichten, damit auf den 300 Planstellen 450 Lehrer beschäftigt werden können. Auch für die kommenden Jahre sollen aufgrund von § 78 b freigesetzte Stellenanteile zu unbefristeten Neueinstellungen verwendet werden. Für die 1985 auf solche Stellen befristet eingestellten Lehrer besteht die Möglichkeit, sich auf die neuen Dauerstellen zu bewerben.



Die CDU-Fraktion lehnte unter Hinweis auf ihren Antrag, einen Einstellungskorridor von 1 500 Lehrern zu schaffen, den Antrag als unzureichend ab.

## II. Einzelplan 05

### A Personalausgaben

1. Kapitel 05 010 - Kultusministerium  
Titel 422 10 - Bezüge der Beamten

An einer Planstelle der Besoldungsgruppe B 7 wird der Vermerk "künftig wegfallend" ausgebracht.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und F.D.P. bei Enthaltung der CDU-Fraktion angenommen.

Die SPD-Fraktion begründete den Antrag mit dem Hinweis darauf, daß der derzeitige Stelleninhaber am 28. Februar 1986 aus Altersgründen ausscheidet und der Kultusminister bereits aufgrund des Organisationsgutachtens des Landesrechnungshofes eine diesbezügliche Selbstbindung ausgesprochen hatte. Im übrigen könnten nunmehr die nach Schulformen getrennten Schulabteilungen des Kultusministeriums zusammengelegt werden.

Die CDU-Fraktion begründete ihre Enthaltung damit, daß für den SPD-Antrag nicht nur Sparererwägungen ausschlaggebend seien.

2. Kapitel 05 140 - Landesinstitut für Schule und Weiterbildung

Titel 422 10 - Bezüge der Beamten

Hebung einer Planstelle der Besoldungsgruppe A 15 nach Besoldungsgruppe A 16.

Der Antrag wurde mit Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. angenommen.

Mit dem Antrag will die SPD-Fraktion bewirken, daß der neuzuschaffenden Beratungsstelle für Neue Technologien ein qualifizierter, in der Materie ausgewiesener, hauptamtlicher Leiter zur Verfügung gestellt wird.

3. Kapitel 05 300 - Schulen gemeinsam

Titel 422 10 - Bezüge der Beamten

Änderungen wurden nicht beschlossen.

- a) Die CDU-Fraktion beantragte 1 500 Planstellen der Besoldungsgruppen A 12 und A 13 mehr auszuweisen und dementsprechend den Mittelansatz um 31,2 Mio DM zu erhöhen.

Die dann insgesamt ausgebrachten 2 075 Stellen sollten wie folgt verwendet werden:

2 000 (500) Lehrerstellen für Studienräte, Realschullehrer, Sonderschullehrer und Lehrer an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen zur Senkung der

Schüler-Lehrer-Relation an den Sonderschulen für Lernbehinderte auf 1 : 11, zur Sicherung des fachspezifischen Unterrichtsbedarfs insbesondere an kleinen Schulen, zur Sicherung des Ganztagsbetriebs mit einem Stellenzuschlag bis zu 30 Prozent der Grundstellenzahl für Schüler im Ganztagsunterricht, für einzelne Schulen mit einem besonders hohen Anteil ausländischer Schüler für besondere pädagogische Maßnahmen sowie 75 Stellen für Schulpsychologen.

Der Antrag wurde gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion, mit Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion abgelehnt.

Die CDU-Fraktion wollte mit ihrem Antrag einen Einstellungskorridor für 1 500 junge Lehrer öffnen, um die Unterrichtssituation insbesondere an kleinen Schulen zu verbessern. Die Ausweisung der Stellen im Kapitel 05 300 sollte es ermöglichen, die neu eingestellten Lehrer jeweils entsprechend dem Bedarf den Schulformen zuzuweisen. Die CDU-Fraktion betonte, daß auch der wahre Hinweis auf die schlechte Finanzsituation des Landes nicht zu einem Stillstand der Bildungspolitik führen dürfe. So werde der Antrag auch von der Gesamtfraktion getragen. Bei jährlich 3 000 ausscheidenden Lehrern in Nordrhein-Westfalen würde bei einer Einstellungsquote von 1 500 jungen Lehrern immer noch 1 Prozent der Stellen im Lehrerbereich abgebaut.

- b) Die F.D.P.-Fraktion beantragte die Ausbringung eines neuen Titels mit der Zweckbestimmung "Unterrichtssicherungsprogramm" mit einem Gesamtansatz in Höhe von 30 Mio DM.

Der Antrag wurde gegen die Stimme der F.D.P.-Fraktion bei einer Enthaltung der CDU-Fraktion und sonstiger Nichtbeteiligung der CDU-Fraktion mit Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion abgelehnt.

Mit dem Antrag wollte die F.D.P.-Fraktion den erforderlichen Einstellungskorridor für junge Lehrer schaffen, mit dem vorrangigen Ziel, den Unterrichtsausfall an den jeweiligen Schulformen zu beheben. Dementsprechend sollten die neuen Lehrer den Schulformkapiteln 05 310 bis 05 450 zugewiesen werden.

- c) Die SPD-Fraktion verwies zu den Anträgen der Oppositionsfraktionen auf die aufgrund ihrer Anträge möglichen 675 Neueinstellungen, die auch finanzpolitisch solide finanzierbar seien. Dagegen würden die fachpolitischen Forderungen der Oppositionsfraktionen im Gegensatz zu ihren finanzpolitischen Aussagen stehen.

4. Kapitel 05 310 bis 05 440 - Alle Schulformkapitel  
Titel 422 10 - Bezüge der Beamten

Änderungen wurden nicht beschlossen.

Die CDU-Fraktion beantragte, alle kw-Vermerke in den Schulformkapiteln zu streichen.

Der Antrag wurde gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion mit Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion abgelehnt.

Die CDU-Fraktion beabsichtigte, mit ihrem Antrag eine Verbesserung der pädagogischen Situation an den Schulen herbeizuführen. Die Planstellen, die im jeweiligen Schulform-

kapitel über die Schüler-Lehrer-Relation hinaus ausgebracht sind, sollen als Zuschlagsrelation, Stellenreserve und zur Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relation verwandt werden. Auf diese Weise könnten - wie vom Kultusminister berechnet - folgende Relationen erreicht werden:

Grundschule	24,2
Hauptschule	16,9/14,8
Realschule	20,0
Gymnasium	18,6/12,2
berufsbildende Schulen	46,0
Kollegschule	45,8

Die SPD-Fraktion erklärte, daß sie im Rahmen der Novellierung der Verordnung zur Ausführung des § 5 Schulfinanzgesetz (VO zu § 5 SchFG) einen Vorschlag unterbreiten werde, inwieweit der harte Kern der kw-Stellen abgebaut werden könne, sei es im Rahmen der Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relationen oder als Zuschlagsrelation für besonderen Unterrichtsbedarf. Da die VO zu § 5 SchFG vom Kultusminister nur mit Zustimmung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung, des Ausschusses für Kommunalpolitik und des Haushalts- und Finanzausschusses erlassen werden könne, sei eine breite Beteiligung des Parlaments gewährleistet.

5. Kapitel 05 380 - Öffentliche Gesamtschulen  
Titel 422 10 - Bezüge der Beamten

Änderungen wurden nicht beschlossen.

Zur Stellenbewirtschaftung faßte der Ausschuß gegen die Stimme der F.D.P.- Fraktion und drei Stimmen der CDU-Fraktion bei sonstiger Nichtbeteiligung der CDU-Fraktion mit Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion folgenden Beschluß:

"Von den 213 zum 1.8.1986 freien Stellen werden 110 durch Neueinstellungen für den fachspezifischen Bedarf besetzt; die restlichen 103 freien Stellen werden durch Versetzungen aus Hauptschule, Realschule und Gymnasium besetzt.

Die 110 Stellen (= 165 Lehrer) sollen mit Beamten, die bis zum Schuljahresende 1987/88 mit 2/3 der Pflichtstundenzahl zu beschäftigen sind, besetzt werden. Danach besteht die Möglichkeit, die Pflichtstundenzahl zu erhöhen."

6. Kapitel 05 390 - Öffentliche Sonderschulen  
Titel 422 10 - Bezüge der Beamten

Änderungen wurden nicht beschlossen.

- a) Zur Stellenbewirtschaftung faßte der Ausschuß gegen die Stimme der F.D.P.-Fraktion und drei Stimmen der CDU-Fraktion bei sonstiger Nichtbeteiligung der CDU-Fraktion mit Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion folgenden Beschluß:

"Von den 67 zum 1.8.1986 freien Stellen werden 40 durch Neueinstellungen für den fachspezifischen Bedarf besetzt; die restlichen 27 freien Stellen werden durch Versetzungen aus berufsbildenden Schulen (SI-Lehrer) und Hauptschulen besetzt.

Die 40 Stellen (= 60 Lehrer) sollen mit Beamten, die bis zum Schuljahresende 1987/88 mit 2/3 der Pflichtstundenzahl zu beschäftigen sind, besetzt werden. Danach besteht die Möglichkeit, die Pflichtstundenzahl zu erhöhen.

Die SPD-Fraktion begründete die beiden Anträge (5. und 6.) damit, daß in beiden Schulformen keine kw-Vermerke ausgebracht sind. Da nicht alle fächerspezifischen und sonderpädagogischen Bedarfe durch Versetzungen aus Schulformen mit Stellen mit kw-Vermerken gedeckt werden können, seien Neueinstellungen notwendig. Um mehr Lehrer einstellen zu können, sei beabsichtigt, zunächst die neu eingestellten Lehrer mit zwei Drittel der Pflichtstundenzahl zu beschäftigen. Im Sonderschulbereich sollen die aus anderen Schulformen zu versetzenden Lehrer eine Zusatzqualifikation über die Fernuniversität in Hagen erwerben.

- b) Die CDU-Fraktion beantragte in Konsequenz ihres Antrages zu Kapitel 05 300 (Nr. 3) in den Erläuterungen die Schüler-Lehrer-Relation für die Schulen für Lernbehinderte auf 1 : 11 festzusetzen.

Der Antrag wurde gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion mit Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion abgelehnt.

Die CDU-Fraktion begründete ihren Antrag mit dem Hinweis, daß die Notwendigkeit der Senkung der Schüler-Lehrer-Relation an Sonderschulen für Lernbehinderte wegen der anderen Zusammensetzung der Schülerschaft vom Landtag mehrfach anerkannt worden ist. Die Relationsverbesserung solle mit dem Ziel erfolgen, mittelfristig zu einer Relation 1 : 8 zu kommen.

B Sachausgaben

7. Kapitel 05 010 - Kultusministerium  
Titel 531 20 - Öffentlichkeitsarbeit

Der Ansatz wird um 130 000 DM erhöht.

Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. mit Stimmenmehrheit der Fraktion der SPD angenommen.

Die SPD-Fraktion begründete den Antrag damit, daß nach Wegfall der Zeitschrift "inhalt" ein Publikationsmehrbedarf entsteht.

Die F.D.P.-Fraktion hatte beantragt, den Ansatz um 264 000 DM zu kürzen. Der Antrag wurde gegen die Stimme der F.D.P.-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion mit Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion abgelehnt. Die F.D.P.-Fraktion wollte durch die Kürzung einer überzogenen Selbstdarstellung der Landesregierung entgegentreten.

Die CDU-Fraktion hatte beantragt, den Ansatz um 200 000 DM zu kürzen. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. mit Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion abgelehnt. Die CDU-Fraktion wollte mit ihrem Antrag den Ansatz auf den Betrag des Rechnungsergebnisses 1984 zurückführen.



8. Kapitel 05 010 - Kultusministerium

Titel 531 30 - Zur Herausgabe des Magazins "inhalt"

Der Ansatz wird um 1 140 000 DM gekürzt.

Der Antrag wird einstimmig bei einer Enthaltung angenommen.

Alle Fraktionen stimmten, wenn auch mit unterschiedlichen Begründungen, darin überein, den Ausgabeansatz zu streichen. Da der Kultusminister jedoch für 1986 finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 60 000 DM eingegangen ist, bleibt der Ansatz in dieser Größenordnung erhalten.

9. Kapitel 05 020 - Allgemeine Bewilligungen

Titel 685 60 - Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke

Änderungen wurden nicht beschlossen.

Die F.D.P.-Fraktion beantragte, den Ansatz um 10 000 DM zu erhöhen und den Betrag für eine verstärkte Förderung der Landesschülerpresse zu verwenden. Der Antrag wurde gegen die Stimme der F.D.P.-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion mit Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion abgelehnt.

Mit dem Antrag wollte die F.D.P.-Fraktion einen Ausgleich für die Kostensteigerungen herbeiführen, da der Ansatz für die Förderung der Landesschülerpresse seit sechs Jahren unverändert ist.

10. Kapitel 05 110 - Prüfungsämter

Titel 427 30 - Prüfungsvergütungen

Änderungen wurden nicht beschlossen.

Die F.D.P.-Fraktion beantragte, den Ansatz um 700 000 DM zu kürzen.

Der Antrag wurde gegen die Stimme der F.D.P.-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion, mit Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion und zwei Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Mit dem Antrag wollte die F.D.P.-Fraktion die gegenüber dem Vorjahr vorgesehene Erhöhung des Ansatzes rückgängig machen. Bei der sinkenden Zahl von Studenten für ein Lehramt sei eine Erhöhung nicht einsehbar. Im übrigen sollte ein strengerer Maßstab an die Beurteilung der Frage angelegt werden, ob diese Prüfungstätigkeiten Bestandteil des Hauptamtes sind.

11. Kapitel 05 300 - Schulen gemeinsam

Titel 539 20 - Förderung der überörtlichen Arbeit der Schülervertretungen

Änderungen wurden nicht beschlossen.

Die CDU-Fraktion beantragte, in den Erläuterungen folgende Mittelverteilung vorzusehen:

Bezirksschülervertretungen	100 000 DM
Landesschülervertretung	35 000 DM
Elternvertretungen	135 000 DM

Der Antrag wurde gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion mit Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion abgelehnt.

Nach Ansicht der CDU-Fraktion benötigen die institutionalisierten Elternvertretungen sowie die Bezirksschülervertretungen für die Wahrnehmung ihrer Mitwirkungsrechte mehr Mittel, um zu verdeutlichen, daß Schulmitwirkung auch Elternmitwirkung umfaßt und in erster Linie vor Ort erfolgt. Im übrigen hätten die Überprüfungen der vergangenen Jahre gezeigt, daß die Landesschülervertretung die Mittel nicht sachgerecht verwende.

12. Kapitel 05 300 - Schulen gemeinsam

Titel 681 30 - Unterhaltsbeihilfen für Schüler nach dem Unterhaltsbeihilfengesetz NW

Der Ansatz wird um 3 560 000 DM erhöht.

Der Antrag wird bei Enthaltung der Fraktionen der CDU und F.D.P. mit Stimmenmehrheit der SPD angenommen.

Die SPD-Fraktion wies darauf hin, daß sie mit Drucksache 10/707 ein Gesetz zur Änderung des Unterhaltsbeihilfengesetzes vorgelegt habe. Zur Finanzierung der darin vorgesehenen Leistungsverbesserungen seien die Mittel erforderlich. Die CDU-Fraktion begründete ihre Enthaltung damit, daß ihr der Gesetzentwurf noch nicht vorliege und sie somit keine inhaltliche Bewertung der beabsichtigten Neuregelung vornehmen könne, jedoch im Grundsatz eine Leistungsverbesserung befürworte.

13. Kapitel 05 490 - Allgemeinbildende und berufsbildende  
Ersatzschulen

Titel 484 11 bis 18

- Zuschüsse für private Schulen

Änderungen wurden nicht beschlossen.

Die F.D.P.-Fraktion beantragte, den Grundbetrag der Kostenpauschale nach § 12 Ersatzschulfinanzgesetz auf 30 000 DM zu erhöhen, so daß insgesamt eine Mittelanhebung in Höhe von 1,2 Mio DM erforderlich wird.

Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Fraktionen der F.D.P. und CDU mit Stimmenmehrheit der SPD abgelehnt.

Die F.D.P.-Fraktion wies zu dem Antrag darauf hin, daß seit 1979 trotz steigender Aufwendungen der Pauschbetrag nach § 12 EFG gleichbleibend in Höhe von 27 630 DM im Landeshaushalt zugrundegelegt worden ist. Die in einem Rhythmus von zwei Jahren vorgesehene Anpassung sei unterblieben. Nach nunmehr fast siebenjähriger Pause sei eine Anhebung des Grundbetrags erforderlich.

14. Kapitel 05 710 - Weiterbildung

Titel 653 20 - Zuweisungen für Einrichtungen der Weiterbildung in der Trägerschaft der Gemeinden

Titel 684 10 - Zuschüsse für Einrichtungen der Weiterbildung in anderer Trägerschaft

Änderungen wurden nicht beschlossen.

Die CDU-Fraktion beantragte bei beiden Titeln je eine Ansatzserhöhung um 2,25 Mio DM. Mit diesen Mitteln sollten

### III. Gesamtabstimmung

Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung hat den Entwurf des Haushaltsgesetzes 1986 und den Entwurf des Einzelplans 05 mit den vorstehend aufgeführten Änderungsempfehlungen, im übrigen unverändert, mit der Stimmenmehrheit der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. angenommen.

Hans Frey  
Vorsitzender

Die Ablehnung der SPD-Fraktion zu den Anträgen 14 und 15 erfolgte aus finanzpolitischen Gründen.

16. Kapitel 05 710 - Weiterbildung  
Titel 685 50 - Förderung der Arbeitnehmerweiterbildung  
Wird neu eingerichtet

Es sind Mittel in Höhe von 900 000 DM zu veranschlagen.

Als Erläuterung wird aufgenommen:

Die Mittel sind für Zuschüsse für Veranstaltungen der Arbeitnehmerweiterbildung bestimmt, die von anerkannten Einrichtungen der Weiterbildung im Rahmen des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes durchgeführt werden.

Der Antrag wurde gegen die Stimme der F.D.P.-Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und SPD angenommen.

Die SPD-Fraktion will mit der Einrichtung dieses Titels die Bedeutung der Arbeitnehmerweiterbildung hervorheben. Es soll deutlich werden, daß das Land über die im Rahmen der allgemeinen Weiterbildungsfinanzierung hinausgehende finanzielle Beteiligung einen besonderen Beitrag für die Arbeitnehmerweiterbildung leistet. Mit dem vorgesehen pauschalier-ten Zuweisungsverfahren sollen Erfahrungen über den Umfang der Arbeitnehmerweiterbildung gesammelt werden, um evtl. ein zukünftiges Finanzierungsverfahren im Rahmen des Ersten Weiterbildungsgesetzes zu ermöglichen. Die CDU-Fraktion setzte bei ihrer Zustimmung voraus, daß dem Ausschuß die Grundsätze der Mittelvergabe vor deren Inkraft-treten erläutert werden.

jeweils 150 Mitarbeiter des lehrenden Personals mit halber Stelle zu je 15 000 DM finanziert werden.

Die Anträge wurden gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion mit Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion abgelehnt.

Mit den jeweils 150 beantragten Stellen wollte die CDU-Fraktion einen Beitrag zur Verringerung der Akademiker- bzw. Lehrerarbeitslosigkeit im Weiterbildungsbereich leisten. Es sei nicht länger hinnehmbar, daß an den Einrichtungen der Weiterbildung unterrichtende arbeitslose Lehrer nur jeweils einen Pauschbetrag für die geleistete Unterrichtsstunde erhalten, ohne im Rahmen eines Beschäftigungsverhältnisses sozial abgesichert zu sein.

15. Kapitel 05 710 - Weiterbildung

Titel 685 20 - Zuschüsse an Landesorganisationen der Weiterbildung

Änderungen wurden nicht beschlossen.

Die CDU-Fraktion beantragte eine Erhöhung des Ansatzes um 100 000 DM. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion mit Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion abgelehnt.

Die CDU-Fraktion beabsichtigte, die Zuschüsse für den Landesverband der Volkshochschulen von Nordrhein-Westfalen e.V., die Landesarbeitsgemeinschaft für Katholische Erwachsenenbildung e.V., die Landesarbeitsgemeinschaft für Evangelische Erwachsenenbildung e.V. und für andere Landesorganisationen der Weiterbildung um je 25 000 DM zu erhöhen.





DA

10. Wahlperiode

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
10. WAHLPERIODE

**VORLAGE**  
**10/310**

## Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1986  
hier: Einzelplan 05 - Kultusminister  
- Drucksachen 10/450, 10/500 und 10/650 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des  
Sportausschusses

Berichterstatter Abgeordneter Rohe SPD

### Beschlußempfehlung

Den im Einzelplan 05 enthaltenen und im 8. Landessportplan zusammengefaßten Sportfördermitteln des Landes Nordrhein-Westfalen wird mit den nachfolgend ersichtlichen Änderungen zugestimmt.

Bericht

Allgemeines

Der Sportausschuß hat in seinen Sitzungen am 9. Dezember 1985, 27. Januar und 24. Februar 1986 die im 8. Landessportplan zusammengefaßten mittelbaren und unmittelbaren Sportfördermittel des Landes Nordrhein-Westfalen beraten.

Der Landessportplan enthält eine Zusammenstellung der in den Einzelplänen 03, 05, 06, 07, 10 und 14 veranschlagten Haushaltsmittel zur Förderung des Sports.

Als Vorlagen sind zum Haushaltsentwurf an den Sportausschuß eingegangen vom:

Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen	10/191
Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen	10/149 und 10/190
Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen	10/189

Die Vorlagen lagen allen Ausschußmitgliedern als Beratungsunterlagen vor.

Der Sportausschuß stimmte in seiner Sitzung am 24. Februar 1986 über Anträge und über die im Einzelplan 05 enthaltenen und im Landessportplan zusammengefaßten Sportfördermittel des Landes Nordrhein-Westfalen ab.

Einzelberatungen

Als wesentliches Beratungsergebnis zu den einzelnen Dispositionen des 8. Landessportplans 1986 bleibt festzuhalten:

1. Die Fraktion der F.D.P. beantragte, bei

<u>Kapitel 05 810</u>	- Förderung des Sports
<u>Titelgruppe 60</u>	- Darlehen, Zuwendungen und Sachausgaben zur Förderung des Sports
<u>Titel 681 60</u>	- Zur Durchführung des Landes-sportfestes der Schulen

zugleich beim

<u>Landessportplan</u>	
<u>Position I.2</u>	- Zur Durchführung des Landes-sportfestes der Schulen

in den Erläuterungen darauf hinzuweisen, daß das Landes-sportfest schrittweise in der Organisation verkleinert werden sollte und die Haushaltsmittel mit dem Ziel umgeschichtet werden sollen, eine verstärkte Förderung des schulsportlichen Wettkampfwesens auf Orts- und Kreisebene zu erreichen. Der Haushaltsansatz soll dementsprechend wie folgt aufgeteilt werden:

1. Landessportfest der Schulen	1 000 000 DM
2. Sportfeste der Schulen auf Orts- und Kreisebene	400 000 DM

#### Begründung

Das Landesschulsportfest erfülle nicht die wesentlichen Aufgaben schulsportlichen Wettkampfwesens. Die Zielsetzung für die Zukunft müsse stärker auf Wettkämpfe auf der unteren Ebene gerichtet sein und Sportfesten den Charakter von Sport- und Spielfesten geben. Schüler, die noch nicht in Vereinen Sport trieben, müßten über ihrer Leistungsfähigkeit gemäßen Wettkämpfen an den Sport herangeführt werden.

Der Antrag wurde einstimmig abgelehnt.

(Die Fraktion der F.D.P. war terminlich verhindert, an der Abstimmung teilzunehmen.)

2. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

- |                       |   |
|-----------------------|---|
| <u>Kapitel 05 810</u> | - Förderung des Sports  |
| <u>Titelgruppe 60</u> | - Darlehen, Zuwendungen und Sachausgaben zur Förderung des Sports |
| <u>Titel 684 60</u>   | - Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland                |

zugleich beim

Landessportplan

- |                      |   |
|----------------------|---|
| <u>Position II.6</u> | - Zuschüsse zur Förderung der Übungsarbeit in den Sportvereinen |
|----------------------|---|

den Ansatz von 30 960 000 DM um 4 000 000 DM auf 34 960 000 DM zu erhöhen, und zwar bei:

- |                    |  |
|--------------------|--|
| <u>Unterteil 5</u> | - Zuschüsse zur Förderung der Übungsarbeit in Sportvereinen, die einer Mitgliedsorganisation des Landessportbundes NW e.V. angehören |
|--------------------|--|

### Begründung

Die Zuschüsse zur Förderung der Übungsarbeit in Sportvereinen seien zu erhöhen, da die gestiegene Zahl der Mitglieder in den Sportvereinen dies erforderlich mache.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.  
(Die Fraktion der F.D.P. war terminlich verhindert, an der Abstimmung teilzunehmen.)

3. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

- |                       |   |
|-----------------------|---|
| <u>Kapitel 05 810</u> | - Förderung des Sports  |
| <u>Titelgruppe 60</u> | - Darlehen, Zuwendungen und Sachausgaben zur Förderung des Sports                           |
| <u>Titel 883 60</u>   | - Zuweisungen an Gemeinden für den Bau, die Modernisierung und Erweiterung von Sportstätten |

zugleich beim

Landessportplan

- |                       |   |
|-----------------------|---|
| <u>Position III.1</u> | - Zuweisungen an Gemeinden für den Bau, die Modernisierung und Erweiterung von Sportstätten |
|-----------------------|---|

den Ansatz von 18 000 000 DM um 1 000 000 DM auf 19 000 000 DM und die Verpflichtungsermächtigung von bisher 10 000 000 DM um 10 000 000 DM auf 20 000 000 DM zu erhöhen. Wobei von der Erhöhung bei der Verpflichtungsermächtigung in 1987 1 000 000 DM und in 1988 9 000 000 DM fällig werden sollen.

Begründung

Angesichts des sich abzeichnenden Antragsvolumens beim Sportstättenbau erscheine eine Erhöhung des Ansatzes sowie der Verpflichtungsermächtigung geboten.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

(Die Fraktion der F.D.P. war terminlich verhindert, an der Abstimmung teilzunehmen.)

4. Die Fraktion der F.D.P. beantragte, bei

- |                       |   |
|-----------------------|---|
| <u>Kapitel 05 810</u> | - Förderung des Sports  |
| <u>Titelgruppe 60</u> | - Darlehen, Zuwendungen und Sachausgaben zur Förderung des Sports                           |
| <u>Titel 883 60</u>   | - Zuweisungen an Gemeinden für den Bau, die Modernisierung und Erweiterung von Sportstätten |
- und
- |                     |  |
|---------------------|--|
| <u>Titel 893 60</u> | - Zuschüsse an Sonstige im Inland für den Bau, die Modernisierung und Erweiterung von Sportstätten |
|---------------------|--|

zugleich beim

Landessportplan

Position III.1

- Zuweisungen an Gemeinden für den Bau, die Modernisierung und Erweiterung von Sportstätten

und

Position III.2

- Zuschüsse an Sonstige im Inland für den Bau, die Modernisierung und Erweiterung von Sportstätten

die für den Bereich der Modernisierung und Sanierung von Sportstätten vorgenommenen Kürzungen zurückzunehmen und den Haushaltsansatz entsprechend umzuschichten.

Begründung

Bei der gegenwärtigen Haushaltslage sei an den Neubau von Sportstätten durch das Land nur noch in Ausnahmefällen zu denken. Absoluten Vorrang müsse die Sanierung und Modernisierung von Sportstätten haben, um die Substanz zu erhalten.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU einstimmig abgelehnt.

(Die Fraktion der F.D.P. war terminlich verhindert, an der Abstimmung teilzunehmen.)

5. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 05 810

- Förderung des Sports

Titelgruppe 60

- Darlehen, Zuwendungen und Sachausgaben zur Förderung des Sports

Titel 893 60

- Zuschüsse an Sonstige im Inland für den Bau, die Modernisierung und Erweiterung von Sportstätten

zugleich beim

Landessportplan

Position III.2

- Zuschüsse an Sonstige im Inland für den Bau, die Modernisierung und Erweiterung von Sportstätten

die Verpflichtungsermächtigung von bisher 6 000 000 DM um 1 000 000 DM auf 7 000 000 DM zu erhöhen. Wobei die Erhöhung in 1988 fällig werden soll.

Begründung

Angesichts des sich abzeichnenden Antragsvolumens im Sportstättenbau erscheine eine Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung geboten.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

(Die Fraktion der F.D.P. war terminlich verhindert, an der Abstimmung teilzunehmen.)

6. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 05 810

- Förderung des Sports

Titelgruppe 80

- Förderung des Baues und Ausbaues überregional bedeutsamer Sportstätten

Titel 883 80

- Zuweisungen an Gemeinden

zugleich beim

Landessportplan

Position III.3

- Zuweisungen an Gemeinden für den Bau und Ausbau überregional bedeutsamer Sportstätten

eine Verpflichtungsermächtigung von 1 000 000 DM neu auszubringen, die in 1988 fällig werden soll.

Begründung

Angesichts des sich abzeichnenden Antragsvolumens im Sportstättenbau erscheine die Ausbringung einer Verpflichtungsermächtigung geboten.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

(Die Fraktion der F.D.P. war terminlich verhindert, an der Abstimmung teilzunehmen.)

7. Die Fraktion der F.D.P. beantragte, beim

<u>Einzelplan 07</u>	- Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
<u>Kapitel 07 080</u>	- Maßnahmen für das Gesundheitswesen
<u>Titelgruppe 71</u>	- Gesundheitserziehung, Förderung volksgesundheitlicher Bestrebungen und sozialhygienischer Maßnahmen
<u>Titel 684 71</u>	- Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen

den Ansatz von 7 433 000 DM um 1 700 000 DM auf 9 133 000 DM zu erhöhen, und zwar für die Durchführung von Sport- und Vorsorgeuntersuchungen.

Begründung

Der Sportausschuß des Landtags habe beschlossen, in seinen Beratungen ein besonderes Augenmerk auf den Themenbereich "Sport und Gesundheit" zu richten. Hierzu sei sogar eine Anhörung geplant. Auch aus volkswirtschaftlichen Aspekten sei die Gesundheitsvorsorge von besonderer Wichtigkeit. Deshalb sollte die bis vor wenigen Jahren unstrittige Förderung von Sport- und Vorsorgeuntersuchungen wieder in den Haushalt eingestellt werden.



Der Ausschußvorsitzende ließ über den Antrag mit dem Hinweis auf die Zuständigkeit des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge abstimmen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU einstimmig abgelehnt.

(Die Fraktion der F.D.P. war terminlich verhindert, an der Abstimmung teilzunehmen.)

Abschließend stimmte der Sportausschuß den im Einzelplan 05 enthaltenen und im Landessportplan zusammengefaßten Sportfördermitteln des Landes Nordrhein-Westfalen unter Einbeziehung des Beratungsergebnisses mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU zu. Die Fraktion der F.D.P. war terminlich verhindert, an der Abstimmung teilzunehmen.

Rohe

Vorsitzender



Anlage zu Drucksache 10/725

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1986

Einzelplan 05: Kultusminister

Anlage 1: Änderungen in den Haushaltsansätzen

Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

E-1

Anlage 1: Änderungen in den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
06 010	<u>Kultusministerium</u>			
531 20	Öffentlichkeitsarbeit des Kultusministeriums Haushaltsvermerk unverändert.	640.000	+ 130.000	770.000
531 30	Zur Herausgabe des Magazins "inhalt" für Kultur, Schule und Sport in Nordrhein-Westfalen <u>Erläuterungen:</u> <u>Zur Abdeckung von Verpflichtungen.</u>	1.200.000	- 1.140.000	60.000
05 300	<u>Schulen gemeinsam</u>			
681 30	Unterhaltsbeihilfen für Schüler nach dem Unterhaltsbeihilfengesetz NW <u>Ergänzung der Erläuterungen:</u> <u>... unter Berücksichtigung der vorgesehenen Änderung.</u>	30.730.000	+ 3.560.000	34.290.000
05 380	<u>Öffentliche Gesamtschulen</u>			
422 10	Bezüge der Beamten Haushaltsvermerke unverändert.	249.000.000	+ 2.200.000	251.200.000
05 390	<u>Öffentliche Sonderschulen</u>			
422 10	Bezüge der Beamten Haushaltsvermerke unverändert.	580.000.000	+ 800.000	580.800.000

62

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
05 710	<u>Weiterbildung</u>			
685 50	<u>Förderung der Arbeitnehmerweiterbildung</u>	0	+ 900.000	900.000
	Erläuterungen: <u>Die Mittel sind für Zuschüsse für Veranstaltungen der Arbeitnehmerweiterbildung bestimmt, die von anerkannten Einrichtungen der Weiterbildung im Rahmen des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes durchgeführt werden.</u>			
05 750	<u>Staatliche Archive, Archivwesen</u>			
685 10	<u>Zuschüsse an Archive, die nicht von Gebietskörperschaften getragen werden</u>	138.000	+ 10.000	148.000
	Erläuterungen: <u>1. Satz unverändert</u>			
	<u>Mehr aufgrund gestiegener Betriebskosten und zur Förderung der Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde in Köln.</u>			
712 00	<u>Erweiterungsbau für das Nordrhein-Westfälische Staatsarchiv in Detmold</u>			
	<u>- Vorarbeitskosten</u>	0	+ 80.000	80.000

53

Erläuterungen:  
Es handelt sich um Kosten der vorbereitenden Planung.

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
05 810	<u>Förderung des Sports</u>			
TGr. 60	Darlehen, Zuwendungen und Sachausgaben zur Förderung des Sports Haushaltsvermerke unverändert			
883 60	Zuweisungen an Gemeinden für den Bau, die Modernisierung und Erweiterung von Sportstätten <u>Verpflichtungsermächtigung: 20.000.000 DM</u> (Änderung: + 10.000.000 DM davon fällig: 1987 1.000.000 DM 1988 9.000.000 DM)	18.000.000	+ 1.000.000	19.000.000
893 60	Zuschüsse an Sonstige im Inland für den Bau, die Modernisierung und Erweiterung von Sportstätten <u>Verpflichtungsermächtigung: 7.000.000 DM</u> (Änderung: + 1.000.000 DM fällig: 1988)			
TGr. 80	Förderung des Baues und Ausbaues überregional bedeut- samer Sportstätten Haushaltsvermerke unverändert			
883 80	Zuschüsse an Gemeinden <u>Verpflichtungsermächtigung: 1.000.000 DM</u> (Änderung: + 1.000.000 DM fällig: 1988)			

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
05 820	<u>Förderung der Museen, der Musik, der bildenden Kunst und des Schrifttums</u>			
653 10	Zuweisungen an Gemeinden zur Förderung von Einrichtungen zur Organisation überört- licher kultureller Zusammenarbeit <u>Haushaltsvermerk unverändert</u>	2.375.000	+ 100.000	2.475.000
	Erläuterungen: 1. Satz unverändert. Mehr zur verstärkten Förderung.			
TGr. 70	Förderung von Zwecken der bildenden Kunst <u>Haushaltsvermerke unverändert</u>			
523 70	Zum Erwerb und Unterhaltung von Kunst- werken sowie zur Restaurierung bereits erworbener Kunstwerke	160.000	+ 40.000	200.000
	Erläuterungen: 1. Ankauf von Kunstwerken, ... 195.000 DM 2. unverändert <u>5.000 DM</u> Zusammen <u>200.000 DM</u>			
TGr. 80	Förderung literarischer Zwecke <u>Haushaltsvermerke unverändert</u>			

FS

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
(05 820)				
653 80	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	70.000	+ 20.000	90.000
	Erläuterungen:			
	1. <u>Zuschuß zum "Westdeutschen Autorentreffen"</u>	<u>20.000 DM</u>		
	2. <u>Förderung literarischer Veröffentlichungen</u>	<u>70.000 DM</u>		
	Zusammen	90.000 DM		
	Mehr infolge Aufnahme der Förderung gem. Ziffer 1.			
685 80	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	420.000	+ 10.000	430.000
	Erläuterungen:			
	1. <u>Zur Förderung literarischer Veröffentlichungen (Druckkostenzuschüsse) sowie ...</u>	<u>40.000 DM</u>		
	2.-5. <u>unverändert</u>			
	Zusammen	430.000 DM		
05 830	<u>Förderung von Theater, Film und Bild</u>			
883 00	<u>Zuweisungen an Gemeinden für die Ausstattung von Filmwerkstätten und zur Anschaffung der technischen Erstausrüstung von Filmspielstellen</u>	50.000	+ 50.000	100.000
	Erläuterungen:			
	Mehr für die Erstausrüstung von Filmspielstellen.			



Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
	<u>Abschluß Einzelplan 05:</u>			
	Gesamteinnahmen	92.971.700	-	92.971.700
	Gesamtausgaben	10.806.706.200	+ 7.760.000	10.814.466.200
	Verpflichtungsermächtigungen	26.864.100	+ 12.000.000	38.864.100

E 7

Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

Bes.Gr. Verg.Gr. Lohn.Gr.	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stellen und Haushaltsvermerke	Stellenzahl nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	Neue Stellenzahl
	<u>Kapitel 05 010 - Kultusministerium</u>			
	<u>Titel 422 10: Beamte</u>			
B 7	Ministerialdirigent Neuer Haushaltsvermerk: davon 1 (-) kw			
	<u>Kapitel 05 140 - Landesinstitut für Schule und Weiterbildung</u>			
	<u>Titel 422 10: Beamte</u>			
A 16	Leitender Regierungsschuldirektor - an dem Landesinstitut für Schule und Weiter- bildung	12	+ 1	13
A 15	Regierungsschuldirektor - an dem Landesinstitut für Schule und Weiter- bildung	23	- 1	22
	Personalsoll Einzelplan 05 unverändert.			

58